

Die Schweizer Pharmaindustrie nutzt das Momentum

Die Forderung des US-Präsidenten nach tieferen Medikamentenpreisen soll zu einem Umdenken in der hiesigen Standortpolitik führen

DIETER BACHMANN

Kurz vor Weihnachten präsentierte US-Präsident Donald Trump Abkommen mit neun Pharmakonzernen, darunter die beiden Schweizer Unternehmen Roche und Novartis. Diese gelobten Medikamentenpreissenkungen in den USA, dafür sicherte ihnen die Regierung zu, dass sie für drei Jahre keine Importzölle bezahlen müssen.

Weniger Beachtung fand damals eine andere Initiative der Trump-Regierung, die gleichzeitig lanciert wurde. Konkret geht es um zwei Programme, mit denen der Präsident tiefere Preise für Arzneimittel erzwingen will. Auf solche Vehikel muss er ausweichen, weil er nicht direkt tiefere Preise verordnen kann. Mit den beiden sogenannten Demonstrationsmodellen «Globe» und «Guard» weitet Trump die Preissenkungen aus.

Anders als das zuvor gestartete freiwillige Modell «Generous» sind diese nun grundsätzlich verbindlich. Zudem betreffen sie die Patienten von Medicare, also Rentner – und damit einen deutlich grö-

seren Anteil am Medikamentenmarkt. Der entscheidende Punkt bei «Globe» und «Guard»: Für die Preisfindung in den USA fließt auch ein, wie viel ein Arzneimittel in der Schweiz (und in anderen Industrieländern) kostet.

Fehlen nun neue Medikamente?

Genau hier hakt die hiesige Pharmaindustrie ein. Für sie ist klar: Die Medikamentenpreise in der Schweiz dürfen nicht zu tief sein, weil dadurch jene auf dem viel wichtigeren amerikanischen Markt ebenfalls nach unten gedrückt werden könnten. Entsprechend würden die Firmen neue Medikamente hier lieber gar nicht erst auf den Markt bringen als zu tiefen Preisen – zum Nachteil von Schweizer Patienten. Im Falle eines Roche-Krebsmittels ist das bereits geschehen.

Trump hatte schon in seiner ersten Amtszeit vergeblich versucht, die Preise nach dem Prinzip der Meistbegünstigung (most favored nation, kurz: MFN) an jene in anderen Industrieländern anzugleichen. «Jetzt zeigt sich, dass MFN nicht

nur ein theoretisches Problem ist», sagte René Buholzer, Geschäftsführer von Interpharma, am Donnerstag an einer Medienkonferenz des Branchenverbands.

Bei genauerem Hinschauen ist allerdings nicht zu erwarten, dass Trumps Modelle «Globe» und «Guard» in den USA die Gewinne der Pharmafirmen in einem existenziellen Ausmass beschneiden. Dafür ist ihr Umfang trotz der erweiterten Patientengruppe zu beschränkt.

Zudem sind laut einem Bericht der Investmentbank Jefferies Novartis und weitere Konzerne aufgrund ihres Deals mit der US-Regierung von «Globe» und «Guard» ausgenommen. Auch bei Roche heisst es auf Anfrage: «Wir gehen davon aus, dass wir am «Generous»-Modell teilnehmen und daher von «Globe» und «Guard» sowie anderen ähnlichen Modellen ausgenommen sind.»

Dieser Umstand wirft die Frage auf, ob sich Firmen, die keinen Deal mit Trump abgeschlossen haben und bei den Modellen mitmachen müssen, juristisch dagegen wehren werden. Unklar ist weiter, wie die US-Regierung für die Preissenkungen

überhaupt an die oft geheimen, effektiv von ausländischen Gesundheitssystemen bezahlten Preise kommt.

Verschiebung von Massnahmen

Dass der Druck auf die Pharmafirmen nachlässt, ist jedoch nicht zu erwarten. Für Interpharma geht es deshalb um nichts Geringeres als eine Weichenstellung, die der Standort Schweiz vornehmen muss. Damit meint der Verband natürlich die Preispolitik, aber auch weitere Rahmenbedingungen wie beispielsweise Doppelspurigkeiten bei der Zulassung von Medikamenten oder den Aufwand, den es für die Durchführung von klinischen Studien braucht.

Ein Ärgernis für die Industrie sind beispielsweise die Kostenfolgemodelle, wie sie das Kostendämpfungspaket 2 für die obligatorische Krankenversicherung vorsieht. Hierbei müssten die Pharmafirmen Rückerstattungen gewähren, wenn sie mit einem Medikament einen gewissen Umsatz erreichen. Angesichts der neuen Umstände durch Trumps Preissenkungen offen-

sive liess der Verband durchblicken, dass eine Verschiebung dieser Massnahme in der Schweiz wünschenswert wäre.

Das Trump-Momentum nutzt Interpharma für ihre Forderungen, die sie zum Teil auch schon lange vor der Offensive des US-Präsidenten aufgebracht hat. Zum Beispiel jene nach einer nationalen Pharmastrategie. Erst jetzt hatte das Anliegen in Bern eine Chance. Eine Motion der Basler SP-Ständerätin Eva Herzog dazu wurde im Herbst im Ständerat einstimmig angenommen. Nun muss sich der Bundesrat über das Thema beugen, obwohl er ursprünglich keine Notwendigkeit dafür gesehen hatte.

In der Zwischenzeit hat beispielsweise Deutschland eine solche Strategie zur Stärkung des Standorts bereits erarbeitet. Im Nachbarland und auch anderswo dürfte man spätestens in der Pandemie und bei den unterbrochenen Lieferketten bemerkt haben, dass eine eigene Pharmaproduktion ein Vorteil ist. Mit Trumps Forderungen an die Industrie ist das Bewusstsein um den internationalen Konkurrenzkampf noch zusätzlich gestiegen.